

**PRESSEMITTEILUNG**

Nr. 238 vom 05.12.2011

**Ludwig und Genilke begutachten Schutzmaßnahmen gegen Fluglärm**

**Ludwig: „Im Zweifel für die Anwohner“**

Die CDU-Fraktionsvorsitzende Dr. Saskia Ludwig und Rainer Genilke, Sprecher für Verkehrs- und Infrastrukturpolitik der CDU-Fraktion, besuchten am Montag den Kindergarten Blausternchen in Dahlewitz und eine Musterwohnung in Blankenfelde, um sich ein Bild von den bisher eingebauten Lärmschutzmaßnahmen zu machen. Im Kindergarten sind bereits etliche Umbaumaßnahmen vorgenommen worden. Doch sorgt die Vorstellung, der Kindergarten mit seinem schönen und großen Spielplatz gehöre bald zur Einflugschneise, für Unmut.

Dr. Saskia Ludwig, Vorsitzende der Fraktion, sagte dazu: „Gut ist, dass die Umbauten nun teilweise schon fertig gestellt sind und funktionieren. Doch gerade in sensiblen Einrichtungen wie Kindergärten sollte die Flughafengesellschaft die Kinder auch draußen durch Überdachungen und separate Räume schützen. So sind die Kinder beim Spielen im Sandkasten so weit wie möglich vor Lärm geschützt. Nur so kann die Akzeptanz des Flughafens vor Ort erhöht werden und den Anwohner Ihre Ängste genommen werden. Hier ist die Landesregierung und die Flughafengesellschaft in der Pflicht alle Möglichkeiten auszunutzen und im Zweifelsfall zu Gunsten der Anwohner zu entscheiden.“

Rainer Genilke, Verkehrsexperte der CDU-Fraktion, sagte nach der Besichtigung der Musterwohnung: „Bislang sind erst zwei Prozent der betroffenen Haushalte mit den notwendigen Umbauten für den Schallschutz ausgestattet. Das ist entschieden zu wenig. Die Flughafengesellschaft sollte dafür sorgen, dass bedeutend mehr Menschen in der Region durch die DIN-gerechte Umsetzung der Schallschutzmaßnahmen geschützt werden. In der Musterwohnung wird zum Beispiel eindrücklich der Unterschied zwischen verschiedenen Belüftungssystemen gezeigt. Wenn die Fenster bei regelmäßigem Flugverkehr zu bleiben, muss für Zu- und Abluft gesorgt werden. Welche Mittel hier notwendig und richtig sind, sollte eine neutrale Koordinierungsstelle beantworten. Wir fordern die Landesregierung nochmals dazu auf, eine solche Anlaufstelle für Bürger zu Fragen des Lärmschutzes einzurichten.“